

11 SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft kann einerseits auf die stets wachsenden Möglichkeiten der Informationstechnologie zurückgreifen und wird andererseits zunehmend von ihr abhängig. Die Möglichkeiten bieten ein grosses strategisches Potential; jedoch ist eine directionsübergreifende und kantonsweit geltende Strategie für die Nutzung dieses Potentials nicht erkennbar. Die Risiken, die durch diese Abhängigkeit entstehen, sind weitgehend bekannt und können eingedämmt werden, sofern sie ernst genommen werden.

Nachdem der Kanton seine Informatikdienstleistungen seit den 60er-Jahren mit zentralen Anwendungen auf Grossrechnern erbrachte, kamen ab den 90er-Jahren zunehmend Arbeitsplatzgeräte zum Einsatz, die vielfältige individuelle Lösungen ermöglichten, was schliesslich auch zur Dezentralisierung der Informatikdienste führte. Trotz dieser Dezentralisierung darf der «gemeinsame Nenner» der kantonalen Informatikdienste nicht verloren gehen: Einheitliche Grundsätze und Standards, eine einheitliche Strategie, die koordinierte Planung und Beschaffung sowie eine transparente Informationspolitik sind unabdingbar für directionsübergreifende Informatikprojekte und für den langfristig nutzbringenden Einsatz der Informationstechnologie im Kanton. Dafür sind geeignete Mittel zu schaffen.

Der Landrat hat in den letzten zehn Jahren Verpflichtungskredite von mehr als 70 Millionen Franken für neue Informatikprojekte bewilligt, die laufenden Kosten für die Informatik betragen gegen 40 Millionen Franken pro Jahr. Der Landrat hat diese Vorlagen, auch wenn es um Nachtragskredite ging, stets sehr wohlwollend aufgenommen und sehr viel Vertrauen in die Verantwortungsträgerinnen und -träger gesetzt. Dagegen hat die Regierung nicht immer offen über bestehende und bekannte Schwierigkeiten und Risiken informiert. Kritische Anfragen im Parlament wurden tendenziell sehr allgemein und beschwichtigend beantwortet, im Sinne von «Problem erkannt, Schwierigkeiten behoben oder Massnahmen eingeleitet, wir haben alles im Griff». Ähnlich hat die Regierung auch auf die Empfehlungen der GPK in Bezug auf das NRW im Jahr 1998 reagiert.

Die finanziellen Auswirkungen eines Projekts sind dem Landrat nach bestem Wissen und Gewissen zum Zeitpunkt der Behandlung der Vorlage offen zu legen – auch wenn Gefahr besteht, dass ein Projekt abgelehnt oder zurückgewiesen wird. Wenn sich in einem Grossprojekt ernsthafte Probleme abzeichnen, so ist der Landrat aktiv darüber zu informieren.

Der Einbezug des Landrats muss bei Informatikprojekten verbessert, die Stellung des Parlaments verstärkt werden.

Für die termin- und budgetkonforme Umsetzung von Projekten der Informatik ist insbesondere eine nach den Regeln der Kunst durchgeführte Projektorganisation und -leitung massgebend. Informatikprojekte müssen nach einer einheitlichen und systematischen Management-Methode abgewickelt werden. Das Personal ist auf geeignete Weise in Informatikprojekte einzubeziehen. Die Regierung hat in der Vergangenheit die Wichtigkeit des Projektmanagements bei der Umsetzung von Informatikprojekten verkannt, respektive bei der Besetzung von Schlüsselstellen zu wenig auf die mögliche Überlastung von einzelnen Personen und auf mögliche Machtkumulationen geachtet. «Hohes Tempo, High Risk und Prototyping»³⁵⁹ ist als Projektansatz zu vermeiden.

Ebenso ist der Vertragsausgestaltung mit den Anbietern mehr Gewicht beizumessen. Die Verträge müssen nach den individuellen Erfordernissen des konkreten Projekts ausgestaltet werden, die finanziellen Verpflichtungen klar kalkulierbar sein.

Durch den zunehmenden Einsatz von Mitteln der Informatik und durch die Vernetzung nimmt die Menge der verfügbaren Daten stetig zu. Mit der zunehmenden Datenmenge und neuen Einsatzbereichen der Informatik verschärfen sich auch die Probleme im Zusammenhang mit dem Datenschutz, der Datensicherheit und dem Datenzugang. Dem ist bei allen Informatikanwendungen und bei allen neuen Projekten die nötige Beachtung zu schenken und es sind adäquate Lösungen zu suchen.

Der Bericht des Regierungsrates «Wie steht es mit der EDV im Kanton wirklich?» gibt zwar eine Übersicht über die Organisation der Informatikdienste, über die laufenden und geplanten Informatikprojekte des Kantons und informiert über technische und finanzielle Aspekte dieser Projekte. Ansatzweise werden Verbesserungen bei der Projektumsetzung aufgezeigt. Eine wirklich selbstkritische Auseinandersetzung mit den bekannten Problemen (insbesondere NRW und Espresso) oder gar eine politische Analyse der directionsübergreifenden Bedeutung und der Ziele der Informationstechnologie fehlt indessen weitgehend. So erweist sich der Beschluss des Landrats, eine PUK Informatik einzusetzen, im Nachhinein gesehen, als ein richtiger Entscheid.

Die Aufgabe, welche der PUK Informatik gestellt wurde, geht an die Leistungsgrenze eines nebenamtlichen Gremiums. Schon deshalb wäre eine aktivere Unterstützung durch die Verwaltung dienlich gewesen. Dennoch versuchte die PUK Informatik, mit ihren Abklärungen zu Erkenntnissen zu gelangen, die Verbesserungen für die Zukunft ermöglichen. Der Bericht der PUK ist keine fachtechnische Analyse der Informatik des Kantons, sondern versucht,

³⁵⁹ NRW Befragung 6 vom 07.04.2003, Rz 276; vgl. 7.2.8.5, letzter Absatz

punktuell einen vertieften Einblick in die Verwaltungstätigkeit zu gewähren und die Erkenntnisse politisch umzusetzen.

Die Empfehlungen und Postulate der PUK Informatik zielen darauf ab, dass sowohl die Regierung als auch das Parlament aus Fehlern Konsequenzen ziehen können. Lernprozesse und der bewusstere Umgang mit den Mitteln der Informatik sollen gefördert werden.

Der Dank richtet sich an alle, die die Arbeit der PUK Informatik unterstützt haben und unterstützen.

